

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstzeitliches: Tageblatt Riesa.
Nummer Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzahl: Leipzig 21204.
Girofazit Riesa Nr. 52.

Nr. 9.

Mittwoch, 12. Januar 1921, abends.

- 74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zeitungsgezehr, bei Abzugung am Postbüro monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Stimmen des Abgeordneten sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für bis 10 Minuten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 nach vorne, 1 von hohe Grundschicht (7 Silben) 1.00 Mark, Obersilber 1.— Mark; zeitraubender und kostbarer Kontur wird, Nachdruck und Verweise 20 Pf. Beste Farbe. Besonders Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Betrieb steht. Druckerei der Dienststelle oder der Verlegerin - Riesa. Verschiedenartige Unterhaltungsbeiträge, "Fräulein an der Alte". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes und Verlust - hat der Verleger keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langens & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Geschäftskarte 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dabben, Riesa; für Inhalt: Wilhelm Dittfeld, Riesa.

Fleischversorgung

in der Woche vom 9. bis 15. Januar 1921.

Der Kommunalverband hat
für Personen über 6 Jahre 125 gr Fleischwaren und 125 gr ausgelassenen
Kinderfleisch,
für Personen unter 6 Jahre 62 gr Fleischwaren und 62 gr ausgelassenen
Kinderfleisch

hergestellt.

Zur Verteilung gelangen: ein Restbestand amerikanisches Schweineschwein, Corned beef und Wurstkonserven.

Die Entnahme hat bei dem Fleischer zu erfolgen, bei dem die betreffenden Abnehmer während der Zwangsbedienstung des Inlandsfleisches zuletzt zur Kundenliste angemeldet waren.

Der Preis beträgt bei:
amerikanischem Schweineschwein 15.— M.
Corned beef 9.20 für das
Blut- und Leberwurstkonserven 6.25 Pfund.
und ausgelassener Kinderfleisch 18.—

Es kostet mit:	
die 360 gr-Dose Leber- und Blutwurstkonserven	4.50 M.
die 800 gr-Dose	10.25
die 1700 gr-Dose	21.25
die 800 gr-Dose Corned beef	5.50
die 2500 gr-Dose	45.90

Großenhain, am 11. Januar 1921.

76 v. Die Amtshauptmannschaft.

Für ein drei Wochen altes Mädchen werden gute Kleiderstücke gesucht. Angebote mit Bleibelpreis erbeten an das

Amtmann der Stadt Riesa — Zimmer 10 —, am 10. Januar 1921. G.

Wahlauflösweise betreffend.

Da bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl die Stimmbezirke der hiesigen Stadt teilweise nicht mit den bei der Reichs- und Landtagswahl gebildeten Stimmbezirken übereinstimmen, wird den Bewohnern der Poppiner Straße, des Poppiner Platzes, der Augustus- und Mathildenstraße, sowie des Kaiser-Wilhelm-Platzes bekanntgegeben, dass für diese Straßen und Plätze ausgewiesene Wahlauflösweise bei der Stadtverordnetenwahl nicht benutzt werden dürfen. Diese Auflösweise sind zur Abholung in den nächsten Tagen bereithalten.

An deren Stelle gelangen neue Auflösweise mit der Aufschrift des für die Stadtverordnetenwahl gültigen Bezirks zur Ausgabe.

Außerdem werden diejenigen Wahlberechtigten, welche in der Zeit vom 15. November 1920 bis 10. Januar 1921 hier zugewesen sind, sowie alle, die bei der Landtagswahl im Bezirk eines Wahlkreises waren, mit neuen Wahlauflösweisen versehen.

Alle übrigen bei der Landtagswahl denkten Auflösweise behalten ihre Gültigkeit und sind am Wahltag zur Erledigung des Wahlgeschäfts vorzusehen.

Über Einhaltung der Stimmbezirke, Bekanntgabe der Wahllokale usw. ergeht noch besondere Bekanntmachung.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. Januar 1921.

Die.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Bahnhofstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Es werden gesucht: 1 Wagenläufer (Mitschauer), 1 Elektromonteur, 1 Schmiede für Grünarbeit, 1 Waschereivisor, perfekt in doppelter Buchführung, 1 lernende Krankenschwester für Krankenhaus, 2 Lebendweiber, 2 Ökonomen, landwirtschaftliche Dienst- und Haushilfe, mehrere Dienst- und Hausmädchen für Herrschaften, 1 älteres Dienstmädchen als Wirtshafterin für Frauenlosen Haushalt, 1 Frau oder Mädchen zum Austragen für Waschanstalt.

Verteiltes und Sächsisches.

Riesa, den 12. Januar 1921.

—* Richterlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr an in der Oberrealschule abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums. Das Kollegium war vollständig anwesend. Als Vertreter des Rates wohnten Herr Bürgermeister Dr. Schneider und Herr Stadtrat Kern bei. Der Büdnerraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Nürnberg.

1. Entschließung an § 1 der Geschäftsordnung. Herr Vorst. Nürnberg teilt mit, dass noch § 1 der Geschäftsordnung ähnlich in der 1. Sitzung die beiden Vorsteher zu wählen und der Schriftführer zu ernennen ist. Mit Rücksicht darauf, dass das Kollegium bald zu beschließen aufhört, sei es empfehlenswert, von der Neuwahl der Vorsteher und des Schriftführers abzusehen. Die Rechte erklärte sich mit dem Vorstoss einverstanden. Die Linke ließ ebenfalls ihr Einverständnis damit erklären.

2. Nachtrag zur Ortsordnung. Die Vorlage betrifft die Errichtung der Mädchenfortbildungsschule Ostern 1921. Einige bautechnische Bestimmungen aus diesem Nachtrag haben wir bereits in Nr. 288 d. V. vom 10. Dez. v. J. veröffentlicht. Bekanntlich hatte in der Schulausstellung vom 9. Dez. ein Antrag des Herren Schuldirektor Danhardt Namtheim gestanden, der besagte, dass der Beschluss der dreijährigen Abteilung für Mädchen der Handelschule nur diejenigen Mädchen vom Besuch des allgemeinen Fortbildungsschule befreien sollte, die im Handelsgewerbe oder verwandten Berufen tätig sind. Der Rat war diesem Beschluss des Schulausschusses nicht beigetreten, weil er den gesetzlichen Bestimmungen entgegensteht. Die Linke des Kollegiums beantragte den Schulausbildungsbund wieder heranzutreten, da er nur beobachtete, der Umgehung der Mädchenfortbildungsschule einen Regel voraussetzte. Der Antrag der Linke wurde abgelehnt und der Antrag Rechter, die Verabsiedlung vorläufig nur auf ein Jahr abzulehnen, angenommen.

3. Erhöhung des Wasserganges. Auf Anregung des Rechnungsrevisors Edner haben der Gaswerksausschuss und der Rat beschlossen, die von den Gasautomatenabnehmern zu hinterlegende Sicherheit für die Gasautomatenabnahmen von 6 auf 50 M. zu erhöhen. Die bisherige Sicherheit von 5 M. sei gering, dass nicht einmal die geringste Reparatur bei Abgabe eines Automaten habe bezahlt werden können. Die 50 M. sollen mit 3% verzinst und die Zinsen am Jahresende den Abnehmern aufgetrieben werden. Herr Stadtr. Schönfisch bat namens der Linken, die Ratsvorlage abzulehnen. Bei höheren Belastungen von Gasautomaten werde es dem Rat möglich sein, sich schwärs zu halten. Herr Stadtr. Rechter trat für die Ratsvorlage ein. Die Hinterlegung der 50 M. könne durch Ratenzahlung erledigt werden. Herr Stadtr. Mag Schneider wies darauf hin, dass zur Abnahme von Automaten gern ausreichend nur die Blindabrechnungen genötigt seien. Die Ratsvorlage wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen.

4. Nachverbilligung. Für den Bau des Vollgenerators in der Gasanstalt waren finanziert 16.000 M. bewilligt worden. Infolge verschiedener Verhandlungen hat die in Frage kommende Firma die Lieferungsfrist nicht einhalten können und die Materialien sind in der Zwischenzeit weiter im Kreise gestiegen. Der Preis für den Bau des Vollgenerators steht noch in Abrechnung auf über 22.000 M., und es macht sich die Nachverbilligung von 16.125 M. notwendig. Herr Bürgermeister Wenzel erklärt namens der Rechten, dass man den Preis niedriger hätte halten können, wenn man die Chancen rechtzeitig heringenommen hätte. Es liege hier ein direktes Verhältnis vor. Die betreffenden Stelle möge dies zum Rückschluss nehmen und sie ber-

ichtige Tabelle ausgesprochen werden. Der Nachverbilligung der 16.125 M. wurde hierauf zugestimmt.

5. Versicherung des Lastkraftwagens der Gasanstalt gegen Haftpflicht. Die Versicherung soll beim Deutschen Versicherungsverein vorgenommen werden. Die Versicherungssumme beträgt 3127 M. jährlich. Bei Vorauszahlung auf 6 Jahre wird ein Rabatt von 8% gewährt, jedoch 2877 M. jährlich erforderlich. Der Rat hat beschlossen, die Versicherung einzunehmen und die Prämie auf 6 Jahre vorauszubezahlen. Herr Stadtr. Rechter bittet, dass entweder Auskunft über die Rentabilität des Lastkraftwagens gegeben oder, wenn dies heute nicht möglich ist, die Angelegenheit vertagt wird. Herr Stadtr. Höfmann erklärt, dass die gegenwärtige Zeit für die Benutzung des Wagens nicht günstig sei. In den Monaten Oktober und November und im selben Dezember v. J. seien fast keine Kunden eingegangen und der Wagen habe infolgedessen auch keine abzufahren gehabt. Auch Erholungsreisen habe er nicht ausführen können, weil die Bautätigkeit darunterliege. Das Rittergut habe ebenfalls keinen Gebrauch gemacht, da im Winter die Angestellten keine Bewegung haben müssten. Aus diesen Gründen habe der Lastkraftwagen Aufschluss erfordert, aber bedeutend seien diese nicht. Die Gesamtausgaben betragen 35.471.70 M., die Einnahmen 28.227.80 M., sodass ein Aufschluss von 7243 M. erforderlich gewesen ist. Herr Stadtr. Rechter bemerkt, dass er sich nach dieser Abseitung nicht entschließen kann, der Vorauszahlung der Haftpflichtversicherung auf 6 Jahre zugestimmen. Es steht nicht fest, ob man den Wagen werde beibehalten können. Die Versicherungsprämie sollte daher nur auf ein Jahr abgeschlossen werden. Herr Bürgermeister Dr. Schneider erklärt, dass man ein endgültiges Urteil über die Rentabilität des Wagens jetzt noch nicht abgeben kann. Die geringe Benutzung des Wagens sei auch darauf zurückzuführen, dass die vom Ausschuss festgesetzte Höhe so hoch sei. Die Ratsvorlage wird darauf abgelehnt und der Antrag Rechter, die Verabsiedlung vorläufig nur auf ein Jahr abzulehnen, angenommen.

6. Erhöhung des Wasserzinses. Die leichte Erhöhung des Wasserzinses ist im April v. J. vorgenommen worden. Die Hoffnung, dass weitere Erhöhungen nicht mehr würden einzutreten brauchen, hat sich nicht erfüllt. Der Selbstkostenpreis für den Kubikmeter Wasser stellt sich heute für das Werk auf 1.07 M. Der Rat hat beschlossen, vom 1. Januar d. J. ab den Wasserzins auf 1.80 M. für den Kubikmeter zu erhöhen. Die Spannung von 23 Pf. er scheint zwar etwas zu hoch, doch sei in der nächsten Zeit wieder mit der Erhöhung des elektrischen Strompreises und der Löhne zu rechnen. Das Kollegium stimmt der Ratsvorlage zu.

7. Einschränkung des Abonnements auf die Sächsische Gemeindezeitung. Der Rat hat beschlossen, die Sächsische Gemeindezeitung nicht mehr für sämtliche Mitglieder des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums zu bezahlen, sondern nur noch zwei Stück für den Rat und zwei Stück für die Stadtverordneten. Die Ratsvorlage wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen.

8. Erhöhung der Gehaltszüge für die Schornsteinreinigungen. Der Landesverband der Schornsteinreinigungen und auch die Heiligenorganisationen haben an die Kreishauptmannschaft gewandt mit dem Ertragen, dass die für das Schornsteinreinigen geltenden Bestimmungen einheitlich geregt werden. Die Kreishauptmannschaft hat darauf den Stadtgemeinden eine einheitliche Gebührenordnung vorge schlagen, ebenso dass die Schornsteine alle 6 bis 8 Wochen gefegt, die Revision der Feuerstätten öfters erfolgen und die Gebühren zeitiglich geregt werden. Der Rat hat beschlossen, die Gebühren unter Angabelegung der Chemnitzer Höhe, auf die ein Aufschlag von 25% erfolgen soll, zu regeln. Dagegen hat er es abgelehnt, die Revisionen der Feuerstätten häufiger stattfinden zu lassen, auch soll das Abreten der Ofen nur vier Mal im Jahre erfolgen. Das Kollegium trat dem Ratbeschluss bei.

9. Der Bewilligung von 250 M. Kosten zur Umbaurechnung des Bedauungsplanes am Bahnhof wurde zugestimmt, ebenso

den Wohlfahrtsverband zu Lasten des laufenden Haushaltplanes.

11. Die Vorrückungsarbeiten im Schülzenhaus, für die im März 37.000 M. bewilligt worden waren, haben einen Gesamtaufwand von 46.616.85 M. verursacht. Der Nachverbilligung der 8616.85 M. stimmte das Kollegium zu.

12. Unterstützungsgebet der Kleinrentner. Der hiesige Verein der Kleinrentner hat in einem Gebet an den Rat gebeten, zu erörtern, in welcher Weise die mangelnde Lage der Kleinrentner gebelebt werden könne. Der Rat hat insbesondere um Verbilligung der Lebensmittel und anderer notwendiger Lebensbedürfnisse gebeten. Aus dem eingetragenen Mitgliederverzeichnis hat der Rat diejenigen herausgesucht, die einer sofortigen Unterstützung bedürfen. Es hat sich hierbei ergeben, dass unter den Kleinrentnern Einkommensverhältnisse vorhanden sind, die selbst zur Befriedigung der altennotwendigen Lebensbedürfnisse nicht ausreichen. Insgesamt hat der Rat aus der Liste 40 Personen herausgegriffen. Wie seinerzeit für die Unterstüzung der Arbeitsinvaliden so ist nun vom Finanzausschuss und Rat auch für die Kleinrentner ein Belebungsgeld von 30.000 M. zur Verfügung gestellt worden und der Armenauschuss hat über die Verwendung der Unterstützungs geldes sowohl für die Arbeitsinvaliden wie für die Kleinrentner Grundlage aufgestellt. Darauf soll bedürftigen Kleinrentnern und anderen Personen, die nicht über ein gewisses zum Leben unbedingt notwendiges Mindesteinkommen verfügen, das aus gewerblichen Betrieben oder sonstiger beruflicher Tätigkeit herrührt, aus Antrag eine einmalige Beihilfe gewährt werden. Herr Stadtr. Schönfisch erklärt, dass er sich nach dieser Abseitung nicht entschließen kann, der Vorauszahlung der Arbeitsinvaliden und für die Kleinrentner Grundlage aufgestellt. Darauf soll bedürftigen Kleinrentnern und anderen Personen, die nicht über ein gewisses zum Leben unbedingt notwendiges Mindesteinkommen verfügen, das aus gewerblichen Betrieben oder sonstiger beruflicher Tätigkeit herrührt, aus Antrag eine einmalige Beihilfe gewährt werden. Herr Stadtr. Schönfisch erklärt, dass die Linke der Vorlage zustimmen werde. Es möchten aber nur solche Kleinrentner bedacht werden, die es wirklich dringend benötigen. Es sei ein Unterschied zu machen zwischen der wirtschaftlichen Lage der Kleinrentner und derjenigen der Arbeitsinvaliden und Erwerbslosen. Es dürften unter den Kleinrentnern nicht Kreise berücksichtigt werden, von denen angnehmen sei, dass sie Angehörige hätten, die sie unterstützen könnten. Herr Stadtr. Schönfisch erklärt, dass die Linke der Vorlage zustimmen werde. Es möchten aber nur solche Kleinrentner bedacht werden, die dem Verein nicht angehören. Herr Stadtr. Rechter erklärt, dass eine Anforderung erfolgen werde. Herr Bürgermeister Dr. Schneider bemerkt ebenfalls, dass man ein endgültiges Urteil über die Rentabilität des Wagens jetzt noch nicht abgeben kann. Die geringe Benutzung des Wagens sei auch darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Bedürftigen bereits auf 150 erhöht habe. Der Ratsvorlage wurde hierauf zugestimmt und ferner beschlossen, den Armenauschuss mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.

13. Abrechnung über den Ölverkauf im Winter 1919/1920. Die Stadtverwaltung hat seinerzeit durch die Firma Hans Ludwig 2436 Raummeter und durch die Firma Robert Hauswald 344 Raummeter Öl aufzukaufen und an die Bevölkerung abgeben lassen. Die Abrechnung verzeichnet eine Einnahme von 165.077,50 M. und eine Ausgabe von 156.053,27 M., sodass sich ein Überschuss von 9025,27 M. ergeben hat, der der Stadtfinanz überwiesen worden ist. Die Abrechnung wurde vom Kollegium mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.

14. Der Voranschlag für die Schulkasse auf das Jahr 1920 wurde genehmigt. Der durch Schulfreuer zu deckende Bedarf belief sich auf 1.137.260 M. (840.260 M. mehr gegenüber dem Vorjahr).

15. Richtig gesprochen wurden die Schulkassenrechnung auf das Jahr 1918, die Wasserwerkskassenrechnung auf das Jahr 1918, die Unfallkassenrechnung auf das Jahr 1918 und die Sparkassenrechnung auf das Jahr 1918.

16. Für die Wahl des Gemeindewaisenrates wurden vorgeschlagen die Herren Bürgermeister Haug, Studienrat Wolf, Studienrat Kästel und Stadtverordneter Gander.

17. Inventurbeschaffung. Da an der hiesigen Oberrealschule i. Q. kommende Ostern die Oberprima aufgelegt wird, machen sich für die Errichtung der Klasse für Hochschulreifebeamte notwendig, die einen Lehrausbau

8000 Mr. erforderlich. Die Mittel wurden gegen die Stimmen der Linken genehmigt.

21. Mitteilung. Das Kollegium nahm Kenntnis von der Einladung zu einer am kommenden Sonntag hier stattfindenden Versammlung des Bundes entschlechter Schulreformer.

22. Verschiedenes. Herr Stadtoberbürgermeister Mag Schneider macht auf die schlechte Beschaffenheit der Straße zwischen Bürgerstraße und Markt. Bürgerstraße aufmerksam. — Herr Bürgermeister Dr. Scheidt gibt einen Bericht über die Qualität des Tales bekannt. Daraus ging hervor, daß wir uns infolge der knappen Rohlerversorgung mit dem schlechten Tale zurückziehen und auch bei der Straßenbeleuchtung Wünsche zurückstellen müssen. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7.0 Uhr.

Hierauf fand noch eine gemeinschaftliche Sitzung des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Scheidt statt, in der die Wahl von Sachverständigen in Untersuchungssachen vorgenommen wurde. Die bisherigen Mitglieder der Kommission, die Herren Privatus Thomas, Privatus Strudie, Kommerzienrat Schönherr, Baumeister Louis Schneider, Stadtbaumeister und Baumeister Frommberg Händler, wurden wiedergewählt.

Schluß der Sitzung gegen 7.0 Uhr.

* Russische Kriegsgefangenenlager. Das Kriegsgefangenenlager Baunen geht seiner Auflösung entgegen; der leichte Transport russischer Kriegsgefangener steht vor. Die Direktion des Lageres hat deshalb durch die Gemeindebehörden an alle Arbeitgeber Auflösungen geschenkt, die von ihnen beschäftigten Gefangenen bis zum 18. d. J. ins Lager einzuführen. Diese Auflösung ist unbedingt und fristgemäß nachzuholen. Sie ergibt nur einmal und wo ihr nicht Folge geleistet wird, erfolgt Abholung und Einlieferung durch die betreffenden Ortsvorsteherbehörde auf Kosten der Arbeitgeber. Die Gefangenen müssen ihre sämtlichen Sachen mit ins Lager nehmen und sind mit Löhnen usw. restlos und ordnungsgemäß abzustimmen. Spätere Reklamationen sind für die Arbeitgeber mit Schwierigkeiten und erheblichen Unstufen verbunden. Der leichte Transport russischer Kriegsgefangener aus dem Lager Baunen ist zugleich die leichte Gelegenheit zur Rückführung alter russischer Gefangen, die sich im Bereich des Lageres Baunen (Bereich des ehemal. 12. U.-K.) seit Zeit aufzuhalten. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß kein Gefangener im Lande zurückbleibt. In letzter Zeit sind immer wieder flüchtige Russen festgestellt worden, die sich im Lande herumtreiben und wieder zum Nachteil deutscher Arbeitsloser Arbeit annehmen ohne Wissen der zuständigen Lagerdirektion. Auch solche Gefangene gilt es festzustellen und dem Kriegsgefangenenlager Baunen zwecks Rückführung in die Heimat zu überführen. Wer beobachtet oder feststellt, daß sich russische Kriegsgefangene nach dem 18. Januar d. J. noch hier oder in der Umgebung aufzuhalten, zeigt dies sofort der nächsten Polizeibehörde, dem Gemeindevorstand oder auch unmittelbar der Direktion des Kriegsgefangenenlagers Baunen (Befehl Baunen Nr. 698 und 699) an. An die Arbeitgeber von Kriegsgefangenen aber ergeht die Mahnung, der Einlieferungs-Auflösung unflätig Folge zu folgen. Einwände können unmöglich berücksichtigt werden, denn die deutsche Regierung ist zur Hermachung aller Kriegsgefangenen verpflichtet und die Russen selbst schenken sich mit Ungern nach der heimatlichen Schule zurück.

* Bekämpfung des Schmuges in Wort und Bild. Das sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erläßt folgende Verordnung: Der Kampf gegen den Schmugel in Wort und Bild wird von der Bevölkerung noch nicht allenthalben genügend unterstützt. Weise der Schnupf- und Schundliteratur werden in zahlreichen Geschäften ausgelegt und verkauft und finden weite Verbreitung. Einzelne Schulverwaltungen haben deshalb die Inhaber solcher Geschäfte aufgefordert, den Verkauf und das Auslegen von Werken der bezeichneten Art zu unterlassen und ihnen für den Fall der Nichtbeachtung dieser Auflösung in Aussicht gestellt, daß die Schüler vor dem Eintreten in ihren Geschäften gewarnt werden und daß die Geschäfte bei Lieferungen für die Gemeinde unbedenklich bleiben sollen. Dieses Verfahren kann zur Nachahmung empfohlen werden.

* Der Aufwand für die Erwerbslosen in Sachsen. Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen betrug am 15. Dezember 99 019 männliche und 28 891 weibliche Erwerbslose, zusammen 95 910. Dazu kommen noch an Zwischenabteilungen 93 164. Der Aufwand für die Erwerbslosenunterstützung betrug in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 13 400 000 Mark.

* Der Religionsunterricht in den sächsischen Volksschulen. Nach einer soeben erschienenen Verordnung des Kultusministeriums haben die Erziehungspflichtigen in Sachsen bei der Anmeldung von Kindern zum Feiern der Volksschule den Schulleitern zu erklären, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen wollen oder nicht.

* Getreidebeschaffungen in Sachsen. Dem Dresdenner Überwachungsamt ist es gelungen nachzuweisen, daß in einer Mühle des sächsischen Grenzbereichs innerhalb der letzten 5 Monate über 800 Zentner Getreide schwarz gehandelt worden sind. Daran sind die Erzeuger mit 92 v. H. beteiligt.

* Die Übernahme der Wasserstraßen durch das Reich. Gekrönt nachmittag 8 Uhr sind in Dresden Vertreter des Reichs und der Länder zur Übernahme der Wasserstraßen durch das Reich zu einer Sitzung zusammengetreten. Finanzminister Seelbrey hat die Vertreter im Namen der sächsischen Regierung begrüßt.

* Infolge des Ausbruches der Kinderpest in der Gegend von Stralsund, in der ehemaligen Provinz Westpreußen, sind die beim Austritt der Kinderpest in der Nähe der Landesgrenze vorgeordneten Sperrmaßnahmen für die Provinz Westpreußen angeordnet worden. Die Sperrgrenze läuft vom Soldauer Lippe bis zur neuen preußisch-polnischen Grenze an der Weichsel.

* Elbkonferenz in Dresden. Die internationale Elbkonferenz wird am 24. Januar in Dresden zusammengetreten. Außer Deutschland werden vorwiegendlich an der Konferenz teilnehmende die Tschechoslowakei, England, Frankreich, Italien und Belgien. Vorsitzender wird der Gesandte Seelbrey vom Reichsministerium des Auswärtigen in Berlin sein. Führer der deutschen Delegation ist der Präsident des Oberverwaltungsgerichts a. D. v. Rostiz. Die Dauer der Tagung ist auf etwa drei Wochen bemessen. Ministerpräsident Bud wird die Konferenz bei ihrem Zusammentreffen begrüßen.

* Die Befreiung der Elben-Sächs. Sandeswohlfahrts-Gelddotterie findet vom 17.—25. Jan. in Dresden in den Räumen des Löwenbräu, Eingang Bendestraße, unter Aufsicht des Polizeipräfektums statt. Soz. zum Einzelpreis von 4 M sind noch bei allen Staatslotterieseinheiten und Postämtern durch Postlotto finanziellen Geschäftsbüros sowie beim Hauptvertreter, Finanzdirektor für Sachsen, Dresden, König-Johannstr. 8 zu haben. Der Höchstgewinn beträgt im günstigsten Falle 125 000 M. Wir weisen noch besonders auf das Interat im Anzeigenfeld hin.

* Neuregelung in der Fabrik- und Eisenbahn. Nach soeben vom Reichsernährungsministerium an die Reichsstelle für Gewerbe und Ost gelangten Richtlinien wird die Güter-Einfuhr wie folgt neu geregelt: Für Apfeln werden Einfuhrgenehmigungen entsprechend einem festgesetzten Gesamtumfang weiter erteilt. Eine Beschrän-

kung werden Einfuhrgenehmigungen gegeben von Altersfrischen Obst- und Saatfrüchten sowie verschiedenen Arten von Gewürzen und Gewürzwaren. Anträge auf Einfuhr von Industriegerichten und seitens der Reichsstelle dem Ministerium zur Entscheidung vorzulegen. Die Einfuhr aller anderen Güter bleibt nach wie vor gesperrt.

* Gute Beinaßt — hoher Gewinn! Der Hochsandbörse hat auch im vergangenen Jahre ganz bedeutend angestiegen. Aus einigen Gebietsteilen wird eine Vermehrung von 50 und mehr Prozent gemeldet. Wie im Vorjahr, so ist auch im nächsten Erntejahr mit weiterer Zunahme des Hochsandbaus zu rechnen, wie die umfangreichen Saatforderungen schon heute beweisen. Das Ergebnis ist augenscheinlich des guten Gewinnes erklärt, welchen der Handel bei den heutigen Preisen dem Handwerk bringt und der mit den wenigen anfallenden Rente etwa auf gleicher Stufe steht. Letzter hat aber bisher mit dieser Vermehrung die Verbesserung der Güte des Hochsandes nicht übertragen gehalten. Noch allzu häufig werden an die Niederkalten Felder gefüllt, die ganz kurz oder so verunkrautet sind, daß sie die Verdauung kaum lohnen und für die auch der Handwerk kaum einen Preis ergibt, der einen erzielbaren Gewinn für ihn herstellt. Was war an diesem Hochsand und den Handwerk verhinderten Ergebnis schuld? Er hatte meistens ungeeignete Saat verwandt, die aus einem Hochsand gewonnen war, der beim Kauf noch nicht ganz ausgereift war. Den Frühertrag hatte das damals noch keinen Absatz gefunden, aber die Saat hatte keine Keimkraft bekommen, weil sie nicht reif geworden war. War sie nicht gereinigt worden, dann ging auch noch Unkraut, vielleicht sogar Seide, der größte Feind des Hochsandes mit auf. Rüben war nutzlos oder es schied auch an Arbeitskräfte dazu, und so wurden Rente und Gewinn vollends verdorben. Die Fehler der letzten Ernte dürfen im kommenden Jahr nicht wieder gemacht werden. Nur gereinigte und auf Keimfähigkeit geprüfte Saat darf zur Auslast kommen, und es muß daher jedem Handwerk, der nicht diese Entwicklungen erleben will, dringend geraten werden, wenn er Saat eigener Ernte oder solche, deren Reinheit und Keimfähigkeit er nicht kennt, verwenden will, diese zuvor sorgfältig zu reinigen oder reinigen zu lassen und sie dann bei seiner Handwerkskammer oder andern zuverlässigen Untersuchungsstellen auf die Keimfähigkeit prüfen zu lassen. 85 bis 90 Prozent Keimfähigkeit, 97 Prozent Reinheit des vollen Selbstreisens sollten von guter Rente unbedingt verlangt werden. Ist die eigene Beinaßt nach dem Ergebnis der Unterstreichung nicht geeignet, dann sollte sich der Handwerk an seine Niederkalte oder seinen Hochsandhaufen wenden, die in der Lage sind, ihm gute Rente ohne Preisabschlag zu verschaffen. Nur gute Beinaßt schafft einen hohen Ernteertrag und hohen Gewinn!

* Größte. Ein Fahrrad, schwarzer Rahmenbau, ohne Nummer und Marke, Spiralfederbereifung, schwarze Felgen, die vorher mit starken roten Streifen versehen, hochgebogene Lenkstange ohne Handgriffe und Pedale mit Vollgummiringen als herrenlos in der Polizeiwache Brücke abgegeben. Meldungen dort umgehend erwünscht.

* Strehla. Sonnabend früh 8 Uhr wurde ein hässlicher Einwohner von einem Unbekannten auf dem Oppenheimer Platz angegriffen und aufgefunden, ihm 10 Mark auszuhändigen. Mit dem Hausschlüssel verließ der Angefallene dem Begegner einen Schlag ins Gesicht, so daß er zu Boden stürzte. Der Angefallene aber hat sich, als der andere flüchtig entfernt, er nahm an, daß noch ein Komplize in der Nähe sei.

* Oschatz. Durch die bessige Wollzeit wurden am letzten Sonntag die Diebe, die in leichter Zeit hier die Einbrüche verübt, ermittelt und festgenommen. In der Stadt vom 8. zum 9. d. M. wurde wiederum beim Gasthof Hößels, Rosmarinstraße, hier, eingedrungen. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen 19 Jahre alten arbeitslosen hier wohnhaften Schlosser. Dieser gab bei seiner Vernehmung auch zu, den Einbruch bei Hößels mit einem 22 Jahre alten in Bonnweil wohnhaften Schlosser verübt zu haben. Die weiteren Erörterungen ergaben, daß von diesen beiden die in jüngster Zeit im Stationsgebäude Oschatz-Süd verübten Einbrüche ebenfalls ausgeführt worden sind. Ebendas wurde von ihnen in Gemeinschaft mit einem in Seitzhain wohnhaften ebenfalls 19 Jahre alten Schmied, der einer dortigen angesehenen Familie angehört, vor einigen Tagen bei der Firma Heinrich Lohner Nachf., Altmarkt, hier, verübt Einbruch ausgeführt. Die dort gestohlenen Waffen sind restlos wieder herbeigeschafft worden. Das Einbrecherleidet wurde verhaftet und dem bietigen Amtsgericht zugeführt. (D. Lgb.)

* Dresden. Hier sind zum Schutze gegen Gewalttäglichkeiten jeder Art neue Hunderttausende von Sicherheitspolizei aufgestellt worden, da die Gendarmerie aufgrund ihrer verfehlten Dienstzeit nicht mehr genügenden Schutz ausüben kann. Ihre Wachen befinden sich in vier verschiedenen Stadtteilen. Sie unterstehen dem Polizeipräsidenten.

* Radeberg. Ein gefährlicher Ringkampf trug sich in einem am Markt gelegenen Restaurant zu. Der 22 Jahre alte Radeberger Bernhard Ernst Konrad Müller aus Leipzigerstr. erhielt bei einem im Scherze veranstalteten Ringkampf vom Wirt des Restaurants einen derartigen Schlag, daß er zur Seite stürzte und anscheinend eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. An den Folgen dieses verhängnisvollen Ringkampfes ist der Radeberger Müller inzwischen verstorben. Am Sonnabend war ein Vertreter der Dresdner Staatsanwaltschaft am Tatort anwesend, um Feststellungen zu machen und eine Polizeiuntersuchung vorzunehmen.

* Leipzig. Obwohl der Termin für die nächsten Wiederholungswahlen in Leipzig noch nicht feststeht, wird doch bereits jetzt ernsthaft der Plan erwogen, für diese kommenden Wahlen eine Einheitsfront sämtlicher auf bürgerlichem Boden stehender politischer Parteien und wirtschaftlicher Verbände aufzustellen. Man ist klar darüber, daß nur die gemeinsame Kandidatenliste, die das gesamte Bürgertum zusammenbringen wird, imstande sein mag, einen Erfolg gegenüber den Linksparteien den Weg zu bereiten.

* Oberhöchstädt. Einen sittenlichen Verlauf nahm die Bürgerversammlung, die sich mit der von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern beschloßnen Wohnungslagussteuer befiehlt, auf Grund welches Beschlusses bestimmt, daß die bürgerlichen Gemeindevertreter ihre künftige Wirtschaft im Gemeinderat eingetragen haben. Es wurde erklärt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter von dieser Steuer befreit sein sollen. Nach dem Beschluss müßte ein Willensheber jährlich 180 000 Mark, ein Gründungsbeitrag 25 000 Mark Wohnungslagussteuer entrichten, auch die Bauernhäuser mit ihren großen Stufen würden zu der Steuer herangezogen werden. Die erschienenen Sozialdemokraten, die die Versammlung durch Sitzreihen besetzten, sprengten diese schließlich durch Jodeln und Weinen.

* Mittweida. Im Streit befinden sich seit gestern

die Holzarbeiter der drei bislang größten Betriebe.

Von Seiten des Holzarbeiterverbandes waren Forderungen gestellt worden, die trotz großer Wohlmeinens vom Verband Sächsischer Holzindustrieller als zu weit gehend abgelehnt wurden. Am Montag geführte Verhandlungen hatten kein befriedigendes Ergebnis.

* Blaustein. In den letzten Tagen sind hier drei Fälle von echten Ratten gemeldet worden, die miteinander im Zusammenhang stehen. Wegen die Weiterverbreitung des Geruchs sind umfassende Maßnahmen getroffen worden.

Mengste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Januar 1921.

Meldungen aus Berliner Presseblättern.

* Berlin. In der aktiven Sitzung des Reichstages ausdrücklich für auswärtige Angelegenheiten bestand bei allen Wortreden Übereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige Lage in Oberschlesien und das kürzlich veröffentlichte Abstimmungskreislaß der interalliierten Kommission als bald und zusammen mit dem Reichstag in der Vollistung zum Gegenstand der öffentlichen Aussprache gemacht werden soll.

Außerdem Deutschen Eisenbahnerverbände haben gestern aus der anderen Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und 16. Augustbus Stellung genommen. Es sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse erzielt worden; jedoch lassen die Beratungen bereits erkennen, daß die Aussichten des Reichsfinanzministeriums als ungünstig abgelehnt werden dürften. Den übrigen Großorganisationen der Eisenbahn wird eine Großzusage vorgeschlagen, die vom 16. Augustbus des Reichsregierung genauer vertreten werden soll und durch die der Rat der Beamten und Arbeiter ausreichend abgedeckt werden soll.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

* Berlin. In einer gestern der Botschafterkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Erwähnung der in ihrer Note vom 4. d. M. gemachten Mitteilungen eingehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände dar, wie sie sich an den politischen Auguststaaten fortentwickelt haben. Unzufriedene Gewalt- und Kreuztaten folgen sich in ununterbrochener Reihe. Die Bolen leben in allen nur denkbaren Formen politischen Terrors. Im Bereich der Polizeidirektion Katowitz ist seit Eintreten der interalliierten Kommission die Zahl der Morde um rund 248 %, die der Raubüberfälle um 80 %, gestiegen. Die trockne Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der Unzufriedenheit der Maßnahmen der interalliierten Kommission, die es trotz ihrer zur Verfügung stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Banditen vorgezugehen und von den überaus verfügbaren Machtmitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen und an die Stelle der aufgelösten deutlichen Polizei neue, mit unklaren Elementen stark durchsetzte Polizeiträte gesetzt hat, die in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, daß sie kein Mittel unverhüllt lassen werden, um der Brüderlichkeit das Gefühl der Sicherheit zu ermöglichen.

Die der Note beigefügten Anlagen geben ein trockenes Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien und enthalten eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten vier Monate. In dem Schlußstück der Anlage werden 22 Fälle aufgelistet, in denen es schwerverbrechern gelungen ist, nach vollbrachter Tat die Schwerverbrecher zu überbreiten und ungeschädigt polnisches Gebiet zu erreichen.

Aus Oberschlesien.

* Katowitz. In Friedrichsgrube wurden gestern zwei Dynamitbombe in das Rathaus von Gottwald gelegt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht eingetreten; doch ist der Schaden sehr groß. 80 Fensterkreiben sind zertrümmert. Von den Toten fehlt jede Spur.

* Beuthen. (Oberschlesien). Der Vortrag des Reichsministers a. D. Dr. Gothein ist von der interalliierten Kommission mit der Begründung, daß er zu spät angemeldet worden sei, verboten worden.

Bürgerliche Einheitsfront in Hannover.

* Hannover. Wie die "Deutsche Volkszeitung" mitteilt, ist durch Besluß der maßgebenden Parteiverbände der Deutsch-Hannoverschen Partei und des Bündnis durch die ganze Provinz Hannover für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum preußischen Landtag und zum Präsidentenlandtag ein Wahlbündnis abgeschlossen worden mit der ausdrücklichen Forderung, daß es von längster Dauer sein soll.

Sechshundige Arbeitszeit im Nahrevier?

* Amsterdam. Nach Meldungen aus Sterkrade hielt am Montag morgen verschiedene holländische Bergarbeitervereinigungen anlässlich einer Versammlung der deutschen Bergarbeiterverbände eine fastbevolkte Versammlung ab. Die Direktoren erklärten, daß man häufig den holländischen Arbeitern nur für sieben Arbeitsstunden holländisches Geld auszahlt werde, während die achte Arbeitsstunde in deutschem Gelde mit einem Aufschlag von 100 Prozent bezahlt werden soll. Anfang 1920 war auf den deutschen Kohlengruben die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Diese wurde jedoch nach einem Monat mit Zustimmung der Arbeitersorganisationen aufgehoben und der achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Da die Bergarbeiterverbände die acht Arbeitsstunde jetzt mit deutlichem Gelde bezahlen wollen, ziehen die holländischen Arbeiter es vor, die siebenstündige Arbeitszeit einzuführen zu lassen. Die Versammlung beschloß, die Direktionen hierzu zu verständigen. Die deutschen Bergarbeiter erklärten sich mit ihren holländischen Arbeitstagen solidarisch.

Die österreichischen Einwohnerwehren.

* Brüssel. Die Auflösung der österreichischen Wehren bildet noch immer den Gegenstand lebhaften Meinungsaustausches zwischen England und Frankreich. England zieht das deutsche Argument, daß die Gefahr eines sowjetrussischen Angriffes bekehrt, in Betracht. Frankreich besteht auf der Auflösung der Wehren. Es besteht die Möglichkeit, daß ein grundärmerlicher Ausgleich darüber auf der Konferenz des Premiers selbst stattfinden wird.

Wentelei unter finnischen Soldaten.

* Helsingfors. Nach Blättermeldungen fanden unter den finnischen Soldaten in Ostkarelien Wenteleien statt. Etwa 40 Kommunisten seien entwaffnet und nach dem Überfall überführt worden, wo die Führer erschossen wurden. Die Entzüge fordern Vermeidung der Wenteleien.

* Paris. Nach einer französischen Pressemeldung hat die Wiederherstellungskommission bestimmt, daß Deutschland in den Monaten Februar und März 2,2 Millionen Tonnen Steinkohlen an die Verbündeten zu liefern hat. Außerdem sei noch eine halbe Million Tonnen aus vergangenen Monaten rückwirkend, die ebenfalls nachgeliefert werden sollen.

Der Ausritt Amerikas aus dem Reichstag.

* Paris. Nur zwei französische Blätter beschäftigen sich mit dem Ausritt des amerikanischen Gesandten aus dem Obersten Rat, in dem er ja doch nur Zuschauer war. Man sieht in diesem Schritt lediglich einen öffentlichen Akt, der gegenüber dem neuen Präsidenten Harding, dem er auf diese Weise nach seinem Antritt völlig freie Hand geben will. Das "Gazette de Paris" bedauert diese erneute Zerstörung des Siegerverbandes.

Eine Deutscher Lubendorff an die Untiere.

* Paris. Der Berliner Korrespondent des "Matten" glaubt zu wissen, daß der englischen und der französischen Regierung ein langes Memorandum Lubendorffs über die britisches Gefahr zugegangen ist. Lubendorff führt aus, daß der Nationalsozialismus nur durch eine militärische Aktion vernichtet werden könne, die Europa früher oder später unternehmen müßte, wobei die Wettbewerb Deutschlands notwendig sei

Vereinsnachrichten.

Geist. Meine Sonnabend abends 1/2 Uhr Wissenskunde in der Rittergasse (Gutsbüro).

Wer erhält mit Abendmahl im Stadlerispiel?
Angebote unter L.B. 6554
zu 100. Sonnabend Riesa.

Wleichterei
mit Wleichtericht u. Wleichter
zeitlich zu verkaufen. Wleicht
mit Gute Qualität,
Wleichter Wleichter.

Gutshaus

am Markt zu Riesa gekauft.
Es mit Verkaufssatz unter
L.B. 6554 zu Riesa.

Achtung!
Ein Handtasche, neu, 12
bis 14 Stz. Tuchstoff, sowie
eine Gruppenkoffer, leer aus
der Tasche, im Koffer
zu verkaufen. Riesa-Wleichter,
Pauschale 4, 2.

Damenrad
zum Verkauf verkauft
Wleichter Nr. 45.

Gebt. Riederungen
ohne Gummi zu verkaufen.
Sie erft. im Tagblatt Riesa.

Gelegenheitsküche.

1 feldor. Reibeküche, 70 Mwf.
1 harter Käse, Gr. 50, 50 Mwf.
1 Handkamera, 20 Mwf., ein
Scher-Garantkoffer, 50 Mwf., ein
Herrenrad ohne Gummi, mit
Fahrrad, 200 Mwf., 1 Radrennen-
rad ohne Gummi, 60 Mwf.,
1 Paar Herrenknöpfchen, gefragt,
unter 2 Paar die
Wahl, 100 Mwf., 1 grauer Filz-
hut, Gr. 55, 10 Mwf., 2 Hüte-
falten, 28×18, je 5 Mwf.,
zu verkaufen.

Richter, Groß,
Richterstraße 82, Tel.

Schönes
Mahagoni-Zimmer
12 teilig, preiswert zu ver-
kaufen. L.B. 6552
an das Tagblatt Riesa.

Gr. Spiegel mit Bildchen
verkauft zu verkaufen
Riesa-Wleichter, Preis 4,-, L.

Gin-Volken schönes

Hafer-
und Roggenstroh
zu verkaufen

Zeithain 50 D.

Geschlechts-

krank oder Art Glas-
söhnenkrank (nach p. spaz.
veraltet, Syphilis, Massen-
schwäche, Weisheitstulpe)
wenden sich vertraulich
an den Arzt Dr. med. Carl
Krause, Berliner Str. 41-77,
Potsdamerstrasse 108 M.
Sorochinsdorff, 8-11 und
2-4. Sonntags 10-11 Uhr.
Beliebende Broschüre mit
zahlreichem Druckmaterial
angeboten. Keine Quacksalber
andere Orte, ohne Einspruch
ohne Beratung zugelassen.
Dr. med. direkt in versch.
Kavert ohne Absender
Leiden setzen können.

Sichere Existenz!

Abeln. Importhaus für Auslandsware sucht für den
örtlichen Markt tüchtigen Händler zur Übernahme der
Bezirksvertretung.

Ein Musterlager von M. 8. bis 4000.— muß unter-
halten werden zur Ausbildung der Untervertretung. Branche-
kenntnis nicht erforderlich. Händler, welche auf eine dauernd
gute Stellung und hohes Einkommen reffektieren, wollen
ausführliches Angebot mit Angabe der bisherigen Tätigkeit
richten an **Willy Schmitz, Import - Export**
Endlicher, Rheinland, Abt. R.

Ia Obst-Schaumwein

Kostspiel, kein Sauer, in hochleg. neutralester Ausstattung
per fl. i. fl. Steuer M. 15.-

Weinkellerei und Sektfabrik
Adolf Werner, Lichtensee.

Stiebag

Gebhofstr. 3a
Ecke Klötzerstrasse

Während und unvermerkt erhielten wir die
fröhliche Nachricht, daß unser lieber braver
Sohn und Sohn

Karl Arno Töpel
im Mittwochen Mittern. von 10% Jahren durch
Unglücksfall verstorben ist.

Dies geht schwererfüllt an
Familie Hermann Töpel.
Geburtsjahr, am 12. Januar 1921.
Die Beerdigung findet Freitag mittag 1 Uhr
vom Trauerzug aus statt.

Vereinsnachrichten

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Verein für Wissenschaft
Drahtgesicht
Stacheldraht
Angebote unter
L.B. 6554

Wleichterei
mit Wleichtericht u. Wleichter
zeitlich zu verkaufen. Wleicht
mit Gute Qualität,
Wleichter Wleichter.

Wleichter

am Markt zu Riesa gekauft.
Es mit Verkaufssatz unter
L.B. 6554 zu Riesa.

Achtung!
Ein Handtasche, neu, 12
bis 14 Stz. Tuchstoff, sowie
eine Gruppenkoffer, leer aus
der Tasche, im Koffer
zu verkaufen. Riesa-Wleichter,
Pauschale 4, 2.

Thule und gebrauchte
Möbel

Spiele-, Herren- u. Schla-
zimmer-, Küchen-, Konsu-
lodenmöbeln, auch
einzelne Einzelstücke aller
Art verkauf. Billig, auch
an Händler.

Robespeck,
Dresden - A., Riesa - A.,
a. Sachsenpl. Wleichterstr. 30

Bement,
Cementalkali,
Dachpappe, Dier
und Marbolinen,
größeren Mengen abtretbares
Klinkerziegel,
Grobziegeln, sow. alte Ziegeln,
sind erforderlich. Materialien
empfiehlt zu Tagespreisen

Geschäft Müller,
Wleichter.

Erste

Sächs. Landeswohlfahrts-
Geld-Lotterie

Gewinnspiel:
Invalidenbank f. Sozial-
Tröden,
König-Johann-Straße 8.

Ziehung 17.-25. Jan. 1921
Höchstgew. 1. Gültig-Käufe

125000 M.

Prämie 75000 M.

Gewinne 50000

30000, 20000

15000, 10000

u. m.

Lospreis 4 Mark

Wettbewerb und Liste 1 M.

Nachnahme 1 M. mehr.

Ziehe sind bei all. Staats-
lotterie-Gewinnen, so-
wie bei all. durch Platette
kenntl. Gesch. zu haben.

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Der Verein hat die Gründung eines neuen Wissenskunde in der
Rittergasse (Gutsbüro).

Inventur-Ausverkauf
beginnt Sonnabend, den 15. Januar.
Sämtliche Schuhwaren
sind im Preise herabgesetzt.
Karl Wiederhold
Riesa,
Dienststraße 70. Schuhwarengeschäft Riesa,
Dienststraße 70.

Januar
15
Sonnabend
früh 8 Uhr

Beginn unserer großen Inventur-Ausverkäufe!

Geschäftsgrundsatz:
Streng reell!

Die früheren Verkaufspreise sind noch vorhanden. — Der neue Preis ist mit Blaufüll auf Ausverkaufszetteln genau bezeichnet. Wir bieten den Minderbemittelten günstige Kaufgelegenheit.

Modenwarenhäuser

Gebr.
Riedel

Riesa a. E.
Ecke Goethe- u. Schützenstr.

H.
Lohmann Nachf.

Albertplatz.

Ganz plötzlich und unerwartet verschied am Dienstag morgen 4 Uhr nach kurzem aber schweren Leiden unser lieber, guter, unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Rudolf Schuster

im blühenden Alter von 20 Jahren.

In tiefer Trauer und unsagbarem Schmerze
Familie Schuster.

Poppitz, Riesa und Meissen.

Die Beerdigung findet Freitag um 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 11. Januar entschlief nach langerem Leiden mein innig geliebter Gatte, unser guter, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel,

Herr Gastwirt

Albert Pietsch

im 64. Lebensjahr.

Die tieftrauernde Gattin und Kinder
nebst übrigem Hinterbliebenen.

Gröba, 12. Januar 1921.

Die Beerdigung findet Freitag, den 14. Januar, nachm. 1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Dienstag früh 3 Uhr nahm Gott unser innig geliebtes Kind, unsere gute Schwester

Marianne

im 9. Lebensjahr zu sich.

In unsagbarem Schmerze
Familie Franz Knisse.

Gröba, den 12. Januar 1921.

Die Beerdigung erfolgt Freitag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Strehler Straße 7, aus.

Ab Sonnabend

den 15. Januar

Grosser

Inventur-Ausverkauf.

Ich offeriere

zum Selbstkostenpreis

und noch darunter:

Herren-Ulster
Jünglings-Ulster
Herren-Paletots, Jungen
Herren-Anzüge
Jünglings-Anzüge
Knaben-Anzüge
Knaben-Paletots
Boszner-Mäntel
Winter-Joppen
Herren-Hosen, prima Stoffe
Leder-Hosen
Knaben-Hosen
Leibchen-Hosen
Westen — Sweater
Herren-Normalhemden
Herrenhemden, weiß
Herren-Unterhosen
Hüte — Mützen
Handschuhe — Strümpfe

n. a. m.

nachweislich

zum Selbstkostenpreis

und noch darunter.

Max Oertel

Riesa, Wettinerstr. 15

Telefon 208

Modewarenhaus.

Kartoffelquetschen
Strohschneider
Albenholzdeckschuppen
(auch an die Wand
zu schrauben)
Separatoren usw.
empfiehlt billigt
Paul Schleiß, Glaubitz.

Prima bunte Bettwäsche
von 18.00 bis
Gesamtdecke, 80 cm
von 15.00 bis
Konfirmanden-Schleier-
Wolle von 28.00 bis
Kunststoffe, 142 cm
sehr fein, Meter 55.00
Schuhabstreicher
Gedächtnisse
Rinder-Unterwäsche
von 7.00 bis
Rinder-Schwinger
von 12.00 bis
wollne Herren-Socken
von 6.50 bis
wollne Damen-Strümpfe
von 20.00 bis
lange feine Mützen
von 2.50 bis
Krawatten f. Stehame-
rungen von 2.00 bis
u. v. a. m.
Marlin Schniebs
Glaubitz.

Jetzt
die beste Zeit

Reparaturen
an Fahrrädern
Nähmaschinen

bessorgen
zu lassen bei

Franz & Emil Müller
Nähmaschinenhandlung
Werderstr. Fernspr. 116
Riesa, R.-W.-BL. Sipp. 007.

Grauflie, Stroh-
Dünger, Kartoffel-
und Stiegabeln
Netzen, Seile, Sägen
Hobel, Türlöffler
Nägel, Schleifsteine
u. s. w. empf. billigt
Paul Schleiß
Glaubitz.

Terpentin-Schmierseife

in 200g. Gimern, br. f. netto
empf. zu M. 54.— ab dies

Paul Franz,

Grob. chem. techn. Prod.,
Raasdorf b. Riesa, Sipp. 207.

Wir kaufen
Altstoffe, Altmetalle,
alte und defekte Maschinen
aller Art zu höchsten Preisen.
Klessling, Matula & Co. Riesa
Bahnhoftstraße 19,
Fernsprecher 427.

Echte Münchner Bierkäse

f. Stangenkäse
empfiehlt in Kisten

H. Gruhle

Bismarckstr. 35a, Telef. 652.
Morgen früh frisch eintreffend

Seelachs und Rabian.

Ernst Schäfer Nachf.

Wegen Todesfall
bleibt mein Geschäft
Sextag, 14. Januar 1921
geschlossen.

Paul Schuster,
Bädermeister, Goppig.

Die Deutsche Rz. umfasst
6 Meilen.

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Chefredakteur: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 9.

Mittwoch, 12. Januar 1921, abends.

74. Jahrg.

Sächsische Volksammer.

W. Dresden, 11. Januar.
Präsident Schröder erklärt die Sitzung um 2 Uhr. Der Eintritt in die Tagessitzung erhielt Abg. Giese (Kommu.) das Wort zur Geschäftsführung und weist darauf hin, daß der Schloßplatz übermäßig durch Polizei abgesperrt und den Erwerbslosen der Zutritt verwehrt werde. Er beantragt, die Polizei solle zurückzuziehen und die Sitzung um 2 Stunden zu versetzen.

Präsident Schröder erklärt als Inhaber der Polizeigewalt im Landtag, daß er den Antrag Gieerts rückweg ablehne.

Ministerpräsident Bräuer weiß darauf hin, daß das Reichstag verlange, den Baunkreis des Landtagsgebäudes zu räumen.

Abg. Giese (Kommu.): Er erhält soeben, daß die Erwerbslosen bereits von der Polizei in mehrere Gruppen getrennt werden seien und wiederholte seinen Antrag auf schnelle Zurückziehung der Polizei.

Minister des Inneren Spindl.: Er habe soeben den Ministerpräsidenten angewiesen, den Erwerbslosen das Besetzen des Schloßplatzes zu gestatten und nur den eingerichteten Bereich des Ständesaals abzuweichen wie es das Reichstagsrecht vorsieht.

Abg. Giese (Kommu.): Er hoffe erneut sehr, daß die beiden sozialistischen Arbeiterparteien wiederum den Kommunisten keinen Sieg holen würden.

Abg. Müller (Soz.) verlangt Audienz, welchen Erfolg die Schritte bei der Reichsregierung zwecks Unterstützung des Erwerbslosen gehabt haben.

Sobald tritt das Haus in die Tagessitzung ein, auf der eine Anfrage und drei Anträge betr.

die Frage der Erwerbslosen

sieben. Die Anfrage Arzt und Gen. wird zunächst zurückgewiesen.

Außern begründet

Abg. Giese (Kommu.)

Die beiden Anträge seiner Partei, die eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie Linderung der Not der Erwerbslosen verlangen. Die Notlage sei so groß geworden, daß die Erwerbslosen vielfach Verzweiflung erfassen. In Chemnitz habe sich eine ganze Arbeitersfamilie aus Not das Leben genommen. Neben schildert sodann in lebhaften Farben das ganze Elend der Erwerbslosen und wiederholte die bekannten Forderungen der kommunistischen Anträge.

Abg. Minckwitz (Deutsche Bp.)

begründet hierauf den Antrag auf Wiedereinstellung der ausgesetzten Arbeiter der Sächsischen Waggonfabrik Borsig. Er verlangt vom Staate die Bezahlung von Arbeit, insbesondere durch Straßen- und Wasserbauten, Dorfsarbeiten, Meliorationen, Siedlungen usw.

Arbeitsminister Jädel:

In der Frage der Erwerbslosenunterstützung im Reiche hätten die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht gegen die Arbeiterschaft nicht erfüllt. Auf dem Weg der Arbeitsbeschaffung sei die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen. Die ganze Frage könne nur durch Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft gelöst werden. Auch die Industriellen müßten mehr auf Arbeitsbeschaffung bedacht sein. Vom Ministerium sei in dieser Hinsicht nichts versucht worden.

Es wird sodann die Befreiung der Anträge beschlossen.

Abg. Hellisch (Soz.):

Die Sozialdemokratie trachte danach, die bürgerlichen Parteien zum Abtritt von der politischen Bühne zu zwingen. Es sei im höchsten Grade verwerthlich, die Erwerbslosen ohne weiteres als Tagelöhne zu brandmarken. Der Erwerbslose, der sich nicht das Ersparnis mehr leisten könne, verliere das soziale Gleichgewicht und verdiente Mitteld. Das Recht auf Arbeit habe schon Bismarck verkündet. Der Krieg aber habe die Weltmarkt- und Wirtschaftskrisis gebracht wie nie vorher. Die Sozial- und Preiskrise ohnegleichen habe die große Arbeitslosigkeit heranbeschworen.

Abg. Menke (Unabh.)

erinnert außer an die Not der Erwerbslosen an die nicht minder große Not der Kriegswaffen und Kriegsbeschädigten.

Abg. Bauer (Deutschnat.)

versetzt eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der die kommunistischen Anträge abgelehnt werden, jedoch die Hilfsbereitschaft in Aussicht gestellt wird, einen Weg zu suchen zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. In erster Linie habe das Reich die Pflicht, hessend einzutreten. Doch sei auch die Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Dem Vogtlande müsse in erster Linie geholfen werden.

Abg. Dr. Reichhold (Dem.):

Reichshilfe sei dringend nötig. Für die sofort einzuleitende Unterstützung bedürfe es nur gemeinsamer Arbeit. Die Welt zerfällt augenscheinlich in zwei Hälften: die eine erstickt fast an Rohstoffen und Waren, die der anderen fehlten. Bis der Ausgleich hergestellt sei, müsse den Erwerbslosen geholfen werden. Schon im Frühjahr werde eine große Zahl Erwerbsloser in den Bergwerken Beschäftigung finden.

Minister des Inneren Spindl.:

Der Bautätigkeit soll eine ganz besondere Fürsorge zuteil werden. Abg. Höhmann (Deutsche Bp.): Er komme dem Abg. Hellisch zu, daß man keineswegs von vornherein in jedem Arbeitslosen einen Tagelöhner erwidern dürfe. Schuld sei auch die Lähmung des Unternehmensgeistes. Der Arbeitgeber könne nicht mehr wie früher frei schälen und walzen. Auch die oft unverständliche Einfuhrverregelung für Rohstoffe wirke hemmend. Der Achtundertstag wolle nicht für alle Betriebe. Arbeitsbereitschaft sei nicht dasselbe wie Arbeitszeit. Reich und Staat müßten über Arbeitsgelegenheit beschäftigen. Die Arbeitslosenversicherung sollte baldigst herbeigeführt werden.

Abg. Graus (Kommu.):

Alle Parteien seien bestrebt, den Arbeitslosen zu helfen, aber über die Höhe der Unterstützung sei man nicht einig. Er schlägt vor, daß 80 Prozent des Arbeitsverdienstes den Erwerbslosen berechnet werden sollten. Die Demokratie mache immer nur in Phrasen oder noch deutlicher in Sprüche. Die Kommunisten benötigen die Erwerbslosen keineswegs zu politischen Zwecken.

Hieraus werden sämtliche Anträge an den Haushaltshaushalt überwiesen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 1 Uhr: Kurze Anfragen und kleinere Vorlagen. Schluß nach 6½ Uhr.

Amerika für Rückgabe der deutschen Kabel.

Der Präsident des amerikanischen Post-, Telegraphen- und Kabelwesens, Clarence O. Mac Kay, erklärte vor dem Senatsausschuß, daß die deutschen Kabel von Frankreich und England während des Krieges in Benutzung genommen wurden und nunmehr auch weiter benutzt werden. Sie seien damit ungerechtfertigt Frankreich und England angefallen und müßten ihrem ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Keine übertriebenen Forderungen Frankreichs!

* London, 12. Januar.

In einer Pariser Meldung der „Weltmünster Gazette“ heißt es, Frankreich sei jetzt (d. h. nach der Sitzungsnahme Englands) bereit, anzuerkennen, daß von großen deutschen Zahlungen zur Entschädigung gegenwärtig nicht die Rede sein könne. Daher werde Frankreich keine übertriebenen Forderungen stellen, zu deren Durchführung militärischer Krise, was nötig sein würde. Frankreich werde sich auf den Standpunkt stellen, daß es vorläufig besser sei, mit kleinen Abzahlungen zufrieden zu sein und diese auch durch deutsche Lieferungen von Rohstoffen und Erzeugnissen zu ergänzen. Der von Deutschland verlangte Gesamtbetrag werde dem Berliner Abkommen gemäß ungefähr am 1. Mai bekanntgegeben werden.

Deutschland und Frankreich müssen zusammenarbeiten.

Der französische Ministerpräsident Lebrun hatte gestern mit dem Direktor „Le Nouvel“ eine Unterredung, in der er erklärte, bevor Deutschland zum Widerstand zugelassen werde, müsse es beweisen, daß es den guten Willen hat, sowohl die Verpflichtungen zu erfüllen, die es gegen Frankreich übernommen hat. Zur Stunde könne das französische Budget nicht balanciert werden, weil Frankreich Deutschland 16 Milliarden vorgeschoßen habe. Das französische Volk werde nicht lange eine deplatige Last ertragen. Sei es zulässig, daß Deutschland sich befreie, und daß es von Frankreichs Freunden belastet werde, in deren Ländern nichts zerstört und deren Zukunft nicht mit einer starken Hypothek belastet sei? Es sei kein Mann des Hasses und gehöre auch, daß Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten müßten. Europa hätte 40 Jahre Feber, wenn Frankreich und Deutschland nicht zu den normalen Beziehungen zurückkehrten. Aber damit dieses Zusammenarbeiten möglich werde, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen.

Der Bericht über die Brüsseler und Pariser Verhandlungen.

Wie die „B. B. am Mittwoch“ meldet, waren gestern nochmitten die beteiligten Reichsminister mit dem Reichsminister Dr. Simons zu einer Konferenz zusammengetreten, in der Staatssekretär Bergmann den ersten eingehenden Bericht über die bisher in Brüssel und sodann in Paris geführten Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage erstattete. Ein Tag für die Weiterführung der Verhandlungen in Brüssel ist bis zur Stunde noch nicht bestimmt worden. Wenn man auch nach dem bisherigen Verlaufe der Brüsseler Verhandlungen ein gewisses Verständnis der Entente für unsere wirtschaftliche Lage erhoffen durfte, so würden sich, wie die B. B. meint, große Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die deutschen und die französischen Schätzungen über die Produktionsfähigkeit der deutschen Produktion weiter auseinandergehen. Wie in Brüssel verlautet, wird die Konferenz der Sachverständigen Ende Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Das Hernbleiben Amerikas von den Sitzungen des Bochumer Kabinetts.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet: Der Schritt der Vereinigten Staaten in Sachen ihres Hernbleibens von den Beratungen des Bochumer Kabinetts wird durch eine direkte Note an den Botschafter in Paris, Wallace, erfolgen. Ebenso wird das Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der anderen am Bochumer Kabinett beteiligten Mächten in Washington mitteilen, daß amitlichen Kreise seien der Ansicht, daß sein anderes Vorgehen möglich sei, wenn man dem durch die Wahl zum Ausdruck gekommnen Willen des amerikanischen Volkes entsprechen wolle, daß das Volk in entschiedener Weise den Völkerbund abgelehnt habe.

Die Bewegung der Eisenbahner.

An der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurden Entschließungen angenommen, die besagen:

Analogisch der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerungen auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Teuerungszuschlags für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bisher denkten Erwartungen zurück, daß eine Verhinderung des Reisesettensbahnerzonals ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den befördernden Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erzeugt, ist die unsoziale Ausnutzung der Jugendarbeit. Der erweiterte Vorstand besticht, die bisher im Schzechner-Ausschuss zusammengefaßten Verbände zu erlösen, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch gemeinsames Vorgehen den unabstimmigen Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leistungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordnete Weise abzuwickeln. Der erweiterte Vorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorschreibenden Gründen die Verhandlungen mittezu führen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kammtreffen nicht zurückzuhören. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten sind verpflichtet, sich angefügten Zeitaufländen mit aller Kraft zu widersetzen. Einstift trocken irgend ein Leidstreit, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzuzeichnen. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verhandlungen ein gegen die unzulässige Berichterstattung über die Verhandlungen des Schzechnerausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Roten Fahne“ beliebt wird. Der erweiterte Vorstand hält die Pressefreiheit der „Roten Fahne“ für unzulässig, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerstören. Er erkennt die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich umso fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu scharen. Am 12. ds. Wk. vormittags werden Verhandlungen des Schzechnerausschusses mit dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner

hielt gestern eine Befreiung ihres erweiterten Vorstandes ab. Auch die beiden anderen Eisenbahnerverbände werden sich in diesen Tagen endgültig zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums ähnen. In Beamtenkreisen wird angenommen, daß weitergehende Forderungen von Organisationen nicht gestellt werden sollen, daß aber eine andere Verteilung der Aufschläge fordert werden müsse.

Über die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich ferner nicht mehr an den Sitzungen des Bochumer Kabinetts zu beteiligen, wird der Agentur Havas gestern vormittag aus Washington gemeldet: Obwohl die Beamten des Staatsdepartement sich weigerten, die Straße zu eröffnen, geben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf die in der nächsten Woche stattfindenden Beratungen der Winterpräsidenten nicht vertreten sein würden. Sie erkennen ferner an, daß der Botschafterrat den Vereinigten Staaten gestattet habe, nach dem Kriegsbeginn mit der europäischen Lage zu haben. Sie müssten aber zugeben, daß die weitere Vertretung Amerikas im Bochumer Kabinett als eine Anomalie angesehen sei im Hinblick darauf, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert habe. In der Meldung wird nicht gesagt, wie Agentur Havas gestern verbreitet, daß Amerika sich an den weiteren Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission und der Rheinhafensatzungskommission beteiligen werde. Die betreffende Meldung der Agentur Havas findet demnach bisher keine Bestätigung.

Der Fragebogen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatte, die wichtigsten von den 41 Punkten, die in den der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind, beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Bekämpfung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, die Einfuhrverbote, Steuern, Staatsnahmen und -ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommen gezahlten Gelder, die Zahl der Staatsangehörigen, die Kosten des Befreiungsheeres, deutsche Gelder im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die Finanzlage der Eisenbahnen und die Kohlensituation in Deutschland.

Der Ausschub für auswärtige Angelegenheiten hielt gestern im Beisein des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung ab. Zur Beratung standen der leitende Notenbeamte mit der Entente, insbesondere die obersteilsteilste Entente, mit vertraulich. Es bestand Übereinkunft darüber, daß die Verhältnisse in Überseeländern und das eben veröffentlichte Abstimmungsreglement den Reichstag als bald nach seinem Zusammentritt beschließen müssten. Die nächste Ausschusssitzung wird am 20. oder 21. d. M. stattfinden.

Neue polnische Postschlöpfe?

Aus Kreisen der obersteilsteilsten Industrie wird mitgeteilt, daß die in den letzten Tagen wiederholt aufgetauchten Gerüchte über volmische Postschlöpfe erstaunlich charaktertragen. Diese Pläne seien auch den Einmarsch von polnischen Truppen vor, die seit Einführung der russisch-polnischen Beziehungen daran ergeben, daß die deutschen und die französischen Schätzungen über die Produktionsfähigkeit der deutschen Produktion weiter auseinandergehen. Wie in Brüssel verlautet, wird die Konferenz der Sachverständigen Ende Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Berstörung des „L. 71“ in Italien.

Der Zeppelin „L. 71“, das erste der bisher von Deutschland an Italien abgelieferten Luftschiffe, dat in Italien nur eine kurze Dauer gehabt. Nach seiner Ablieferung in Genf wurde der Pilot nicht mehr in Gegenwart des Königs eine Probefahrt, erlitt aber bei der Landung Beschädigungen, die die Ausweichung einiger Teile notwendig machten. Man wandte sich zu diesem Zwecke nach Deutschland, erhielt aber keine Antwort, daß nichts dergleichen mehr vorhanden sei. Wie nun der „Corriere della Sera“ berichtet, wurde die Berstörung des Zeppelins angeordnet.

Bei der Urabstimmung über den Streit der Eisenbahnerbeamten

haben nach dem bisherigen Ergebnis von 319 732 Beamten 225 000 abgestimmt, davon für den Streit 192 650 oder 60,3 Prozent. Es ist anzunehmen, daß bei Verstärkung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Süddeutschland der Prozentsatz für den Streit noch wesentlich heruntergehen wird, voraussichtlich bis unter 50 Prozent.

Ein Zwischenfall bei Tarifverhandlungen in Berlin.

In den gestern neu begonnenen Verhandlungen über den Tarif der Großberliner städtischen Arbeiter und Angestellten kam es zu einem Zwischenfall, den wieder der Führer der radikalsteilste Eisenbahnerarbeiter hervorrief. Von den Vertretern der Gewerkschaften war beansprucht worden, daß der vor einiger Zeit seines Amtes entthobene Führer der Eisenbahnerarbeiter Solt im Saal anwesend sei. Auf die Frage des Vorstandes, ob er ein Mandat für die Verhandlungen habe, erwiderte Solt, daß er als Mitglied der Tarifkommission der Eisenbahnerarbeiter an den Verhandlungen teilnehmen. Der Vorstand erklärte dies für ungültig und forderte Solt auf, den Saal zu verlassen. Das tat Solt. Drei weitere Mitglieder der Tarifkommission, die sich mit ihm solidarisch erklärten, folgten ihm. Wenige Minuten später erzielten eine Abordnung der Eisenbahnerarbeiter und stellte ein Ultimatum: Wenn Solt nicht als vorbereitetes Mitglied an den Verhandlungen teilnehmen könne, bestünde die Gefahr, daß die Eisenbahnerarbeiter sofort die Betriebe verlassen. Der Vorstand des Verbandes der Heizer und Maschinen legte darauf sein Mandat nieder. Solt trat an seine Stelle. Dagegen erhob nun der Verband der Maschinen- und Heizerarbeiter, der ausdrücklich feststellte, daß Solt von dieser Organisation ausgeschlossen sei und unmöglich für die Eisenbahnerarbeiter verhandeln könne. Schließlich zog sich die Radikale Abordnung zurück, um zu beraten, wie über die Gewerkschaften hinwegzukommen sei.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Zur Schließung der Ludwig-Wette-Werke gestern die von der Belegschaft der Ludwig-Wette-Werke gewählte Kommission mit dem Demobilisationskommissar wegen Wiederaufstellung. Dieser erklärte sich zu einem Eingreifen außer Stande, da nach einer Erklärung des Verbandes Berliner Industrieller die Schließung der Betriebe nicht im Inter-

